

**Hannelore Rönsch**

- (A) dies aber nicht mit einer zunehmenden Armut bei den Kindern in Deutschland gleichsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der F.D.P.)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Kollege Simmert, wollen Sie erwidern? – Bitte.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Das stimmt einfach! Entschuldigen Sie sich für das Verschweigen der Tatsachen!)

**Christian Simmert (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Frau Rönsch, ich mache es kurz. Niemand hat hier Zahlen gegengerechnet. Das haben Sie gerade gemacht.

Ich habe vorhin darauf hingewiesen

(Zurufe von der CDU/CSU)

– hören Sie doch einmal zu! –, daß es eine Initiative von Ärzten gibt – auch hier in Berlin zum Beispiel in Wedding –, die sich sehr engagiert dafür einsetzen, deutlich zu machen, daß die Folgen von Kinderarmut in der Bundesrepublik auch gesundheitlicher Natur sind. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen, und darüber müssen wir diskutieren.

(Hannelore Rönsch [Wiesbaden] [CDU/CSU]:  
Keine Antwort!)

Das ist eine gesellschaftliche Realität, der wir uns stellen müssen. Ich glaube aber, bei dieser Diskussion werden wir nie auf einen Nenner kommen. Ehrlich gesagt möchte ich da mit Ihnen auch nicht auf einen Nenner kommen, weil ich dazu eine völlig andere politische Position habe als Sie.

- (B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Ich erteile das Wort der Kollegin Petra Pau, PDS-Fraktion.

**Petra Pau (PDS):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unterschiedliche Anträge liegen auf dem Tisch. Im CDU/CSU-Antrag heißt es, der Zehnte Kinder- und Jugendbericht ist gut und wichtig und zeigt: Wir waren als Regierungsparteien auf dem besten Wege, die aufgezeigten Probleme zu lösen. Einfach peinlich, Frau Eichhorn, Frau Rönsch und Herr Dehnel. Ich sage Ihnen: Es nützt überhaupt keinem Bericht, gut und wichtig zu sein, wenn er nicht zugleich ernst genommen wird. Auch deshalb haben wir auf eine allgemeine Laudatio verzichtet und statt dessen einen konkreten Antrag zugunsten von Kindern und Jugendlichen gestellt. Das Konkrete sind in diesem Fall die Rechte und Chancen von Kindern und Jugendlichen sowie Ungerechtigkeiten gegenüber Sozialhilfeempfängern.

Ich erinnere daran, wir diskutieren über diesen Bericht zur Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen nicht im luftleeren Raum, sondern in Berlin. Wer von Ihnen schon über die Straße „Unter den Linden“ bzw. über den Reichstag hinausgekommen ist, kann erleben,

was mit schönen Bildern eben nicht erfaßt wird. Weit über eine viertel Million Menschen leben in dieser Stadt von **Sozialhilfe** – Tendenz steigend, vor allem bei Alleinerziehenden. Für die betroffenen Kinder und Jugendlichen bedeutet dies Armut und Rückstufung von klein auf, zumeist mit lebenslangen Folgen. (C)

Weil das reale Leben häufig anders ist als das beantragte, kann ich Ihnen von der CDU/CSU nur empfehlen, folgenden Satz aus Ihrem Antrag einmal im Berliner Wedding oder auch in Friedrichshain zu plakatieren. Ich darf zitieren:

Die ansteigende Zahl der Sozialhilfeempfänger ist kein Hinweis auf wachsende Armut in unserer Gesellschaft. Sozialleistungen verhindern existenzbedrohende Armut und schaffen sie nicht.

Das klingt, als würde ich mich ins Gewitter stellen und sagen, die vielen aufgespannten Regenschirme lassen nicht auf Regen schließen, denn Schirme regnen ja schließlich nicht.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wirklich, ein bemerkenswerter Beitrag der CDU/CSU zum Thema soziale Gerechtigkeit, zumal – um im Bild zu bleiben – dies weder etwas am Gewitter ändert noch an der Tatsache, daß der Regenschirm nicht wasserdicht, spricht: daß Sozialhilfe eben nicht armutsfest ist.

Wir fordern die Bundesregierung mit unserem Antrag auf, eine offensichtliche Ungerechtigkeit zu korrigieren. Es war richtig, das **Kindergeld** anzuheben, aber es bleibt ungerecht, das kleine Mehr ausgerechnet bei jenen abzuziehen, die es am nötigsten brauchen, den **Sozialhilfeempfängern**, (D)

(Beifall bei der PDS)

was übrigens erneut belegt: Kinder werden eben nicht als Kinder definiert, sondern nach wie vor rechtlich und finanziell als Anhängsel ihrer Eltern. Geht es den Eltern schlecht, haben die Kinder Pech gehabt, geht es den Eltern gut, sind uns auch die Kinder lieb und teuer.

Aufgrund der Redezeit kann ich leider hier und jetzt nicht auf Ihre natürlich bedenkenwerten Argumente gegen die rechtliche Lösung eingehen. Ich sage Ihnen aber: Wir haben dazu Vorschläge unterbreitet, und ich freue mich auf die Debatte dazu in den Ausschüssen. Lassen Sie uns im Interesse der Kinder hier eine Regelung finden, und lassen Sie uns darüber hinaus, wenn die Debatte konkret wird, dafür sorgen, daß alle Kinder – mit deutschem Paß und ohne deutschen Paß – an dieser Stelle nicht mehr in die Situation kommen, daß sie als zweit- oder drittklassig angesehen werden.

Danke schön.

(Beifall bei der PDS sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Ich erteile das Wort dem Kollegen Hans Peter Bartels, SPD-Fraktion.

- (A) **Dr. Hans Peter Bartels** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will hier zu einem Thema sprechen, das zwischen den Fraktionen des Bundestages nicht strittig und dennoch nicht völlig unbeachtlich ist. Es geht um das Europäische Aktionsprogramm „Jugend“. Wie wichtig dieses Thema den Regierungsfraktionen ist, mögen Sie schon daran sehen, daß in der Koalitionsvereinbarung nicht ein-, sondern zweimal ausdrücklich der Ausbau des europäischen **Jugendaustauschs** gefordert wird. Dies findet nun mit der Einführung des gemeinschaftlichen Aktionsprogramms „Jugend“ statt. Wir begrüßen das ausdrücklich.

Die bereits laufenden Programme „Jugend für Europa“ und „Europäischer Freiwilligendienst“ werden gebündelt und um weitere Aktionen angereichert. Davon erhoffen wir uns noch mehr Breitenwirkung.

Unsere Zielgruppe ist riesengroß. 54 Millionen Jugendliche in der EU sind derzeit im austauschfähigen Alter, also zwischen 15 und 25 Jahren. 80 000 haben im vergangenen Jahr am Austausch teilgenommen. Das ist eine große Zahl, aber es sollen noch mehr werden. Deshalb sind die Mittel für die nächsten fünf Jahre auf 350 Millionen Euro erhöht worden, also etwas weniger als 700 Millionen DM.

Mit der vorliegenden Beschlußempfehlung des Jugendausschusses fordern wir die Bundesregierung, die ja willig ist, auf, die Bedingungen für das Wirksamwerden des europäischen Jugendprogrammes weiter zu verbessern. So soll sie in der EU darauf hinwirken, daß die Teilnehmer am **Freiwilligendienst**, die also sechs bis 12 Monate im Ausland arbeiten, einen eigenen aufenthalts- und sozialversicherungsrechtlichen Status bekommen. Der Freiwilligendienst ist ja im Gegensatz zum Austauschprogramm „Jugend für Europa“ noch neu. Bisher haben erst 6 000 Jugendliche daran teilgenommen. Aber spätestens durch das neue Fünfjahresprogramm wird er zu einer Institution. Deshalb brauchen wir die Herstellung von Rechtssicherheit für die Jugendlichen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

Auch der Anspruch auf Kindergeld soll beim Freiwilligendienst im Ausland fortbestehen. Daran wird im Finanzministerium – quasi im Vorgriff auf unseren Beschluß heute – bereits gearbeitet.

Wir fordern darüber hinaus zur rechtlichen Sicherheit von grenzüberschreitenden Diensten deutscher Freiwilliger generell ein **nationales Freiwilligengesetz**. Die vergangene Bundesregierung hatte sich auf diesem Gebiet für Abwarten entschieden nach dem Motto: Erst einmal sehen, ob die europäischen Freiwilligendienste von Dauer sind. Sie sind von Dauer. Deshalb fordern wir jetzt klare Regelungen. Denn die Jugendlichen sollen genau wissen, worauf sie sich einlassen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir treten in der Beschlußempfehlung des Ausschusses außerdem ein für eine zügige Umsetzung des Programms, für gezielte Öffentlichkeitsarbeit, für eine bessere Vorbereitung und Begleitung der Freiwilligen, für

die Einbeziehung aller Lebensbereiche junger Menschen – dies betrifft Bildung, Sport, Kultur und Freizeitaktivitäten – in die kurzzeitigen Austauschprogramme, für die Öffnung des Programms für Jugendliche, die bisher benachteiligt waren, für Geschlechtergerechtigkeit – das sollte klar sein –, für einen höheren Anteil von Freiwilligendienstlern aus und in Nicht-EU-Staaten und schließlich natürlich für mehr Geld. Denn wir sollten uns nichts vormachen: Die Erhöhung des Etats für die nächsten fünf Jahre kann durch die EU-Osterweiterung, die wir ja wollen und die wir beschleunigen wollen, schnell aufgezehrt werden.

Deshalb: Freuen wir uns über das Interesse, das Engagement und die Begeisterung vieler junger Menschen für Europa! Seien wir froh, daß wir in den nächsten Jahren ein gutes europäisches Jugendprogramm haben werden. Aber lassen Sie uns uns schon jetzt dafür einsetzen, die Bedingungen des Austauschs in der Zukunft noch zu verbessern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der  
F.D.P.)

**Präsident Wolfgang Thierse:** Dies war die erste Rede des Kollegen Hans Peter Bartels. Unsere herzliche Gratulation!

(Beifall)

Nun erteile ich das Wort Kollegin Katherina Reiche, CDU/CSU-Fraktion.

- (B) (D)

**Katherina Reiche** (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten heute die Vorlage der EU-Kommission für das gemeinschaftliche **Aktionsprogramm „Jugend“**. Das Programm soll in den Jahren 2000 bis 2004 an die Stelle der bisherigen Programme „Europäischer Freiwilligendienst“ und „Jugend für Europa“ treten. Das Programm verfolgt drei sehr wichtige Ziele: den Ausbau des europäischen Bildungsraumes, die Förderung der Beschäftigungschancen für europäische Jugendliche und nicht zuletzt die Förderung persönlicher und sozialer Kompetenzen im Hinblick auf Toleranz und mitmenschliche Solidarität. Selbstverständlich finden diese Ziele die volle Unterstützung meiner Fraktion und – da bin ich sicher – die des ganzen Hauses.

Die Neuerung, die bisherigen gemeinschaftlichen Aktivitäten in bezug auf die Jugendbildung außerhalb der Schule und die Jugendförderung in einem eigenständigen Programm zusammenzufassen, wird ebenso begrüßt wie die bessere Verzahnung mit den bereits bestehenden, überaus erfolgreichen Programmen SOKRATES und LEONARDO. Die Neuerungen dienen der Effizienz und – das ist im europäischen Rahmen besonders wichtig – der Transparenz. So weit, so gut.

Über die Ziele des Programms und die organisatorischen Veränderungen gab es in den Ausschußberatungen keine nennenswerten Meinungsverschiedenheiten.